



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/34 - 10.2.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Ein Schlag gegen Deutschlands Wiedervereinigung	S. 1
"Stürmer"-Praktiken in Kairo	S. 3
Schwindel mit Subventionen	S. 4

Adenauer schreibt das Saargebiet ab

Von Dr. Karl Mommer, MdB

Wer redet, hat recht, meint der Volksmund, und wenn ein so gewichtiger Mann wie der forsche Mr. Dulles nun auch behauptet, die Westverträge führten zur Wiederherstellung der deutschen Einheit, so ist man geneigt, ihm zu glauben. Nur die Tatsachen haben noch mehr Autorität als selbst der amerikanische Außenminister, und gerade als er uns jene Versicherung gab, wurde mit dem Verbot der Bergarbeitergewerkschaft an der Saar der bisher schwerste Schlag gegen die Wiedervereinigung Deutschlands im Westen geführt.

Der unterdrückte Verband leidet für Deutschland. Man hätte erwarten können, daß durch die Bundesrepublik ein Schrei der Entrüstung gegangen wäre. Die Maßnahme ist antideutsch, antigewerkschaftlich, antidemokratisch und antieuropäisch. Nur Bundesminister Jakob Kaiser hat einige Worte des Protestes gefunden; wir möchten gern wissen, ob er dafür wieder einmal von seinem Chef eine Rüge bekommen hat. Herr Adenauer hat geschwiegen. Die bürgerliche Presse hat der Kanzler so gut erzogen, daß auch sie schweigt. Sie feiert in Schlagzeilen die Behauptung des Herrn Dulles, die wir zitierten; den Schlag an der Saar vermerkt sie in einigen Zeilen irgendwo ganz hinten im Blatt. Das ist das Ergebnis von drei Jahren Adenauerscher Saarpolitik. Noch im Mai 1951 wurde das Verbot der kleinen Demokratischen Partei Saar als eine nationale deutsche Angelegenheit behandelt; heute wird zehnmal Schlimmeres praktisch totgeschwiegen.

Dazu paßt gut, was wir aus dem Saargebiet erfahren. Über den früheren Minister des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Süsterhenn, steht der Kanzler in dauernder Verbindung mit der Regierung Johannes Hoffmanns. Dessen hohe Beamte rühmen sich gegenüber

Vertretern der deutschen Opposition, bessere Verbindungen nach Bonn zu haben als diese. Die gleichen Herren behaupten auch, Herr Adenauer widersetze sich in gewissem Maße der gegenwärtigen Politik Frankreichs an der Saar nur mit Rücksicht auf die sozialdemokratische Opposition. Dazu paßt auch, daß die Separatisten sich vor und nach der Wahl auf Äußerungen Adenauers berufen konnten, er sei sich mit der französischen Regierung über die Zukunft der Saar soweit einig geworden. Nur die gegensätzlichen Auffassungen auf wirtschaftlichem Gebiet hätten noch nicht bereinigt werden können. Übrigens begannen gerade heute Verhandlungen zwischen Saarbrücken und Paris über die Änderung der Konventionen. Im März 1950 haben Bundesregierung und Bundestag feierlich gegen den Abschluß dieser Verträge protestiert; diesmal werden wir vergeblich auf eine Stellungnahme der Bundesregierung warten.

Der Bundeskanzler will die Saargespräche demnächst in Rom fortsetzen, ohne daß er zum Ausdruck gebracht hätte, daß die Verhandlungen zumindest mit Priorität um die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten an der Saar gingen. Auch das neue Junctim René Meyers, Frankreich werde die Verträge nicht ratifizieren, wenn nicht vorher eine Lösung des Saarproblems im französischen Sinne erreicht worden sei, hat den Kanzler nicht zu energischer Abwehr, sondern zu den üblichen optimistischen und ungebotenen Interpretationen des Junctims veranlaßt. Der Umstand, daß die "Partei der weißen Zettel" unter den polizeistaatlichen Verhältnissen am 30. November nicht auf Anhieb eine Mehrheit erobern konnte, hat zahllose deutsche Politiker und Journalisten auf den Schwindel Johannes Hoffmanns hereinfallen lassen; sie machten in Defaitismus. Das kam und kommt dem Bundeskanzler sehr gelegen. Diese Behauptung werden wir so lange wiederholen, wie er nichts gegen den Defaitismus unternimmt. Hat er doch sogar die Absicht eines Ausschusses des Bundestages, sich mit den Umständen der Wahl näher zu befassen und Lehren aus ihnen zu ziehen, hintertrieben.

Kein Wunder, daß Herr Johannes Hoffmann und sein französischer Innenminister Hector immer frecher werden. In der Regierungserklärung kündigten sie neue Zwangsmaßnahmen gegen die deutsche Opposition an. Die Vorsitzenden der drei verbotenen Parteien, mit denen der Kanzler vor der Wahl mehrmals Aussprachen hatte, wurden mit dem Strafgesetzbuch bedroht. Anstatt in Abwehr sofort diese für Deutschland streitenden Männer zu sich zu laden, schwieg der Kanzler. Trotz der Niederlage vor dem eigenen Gericht in der Ausschlußaktion gegen Kutsch führte jetzt das Saarregime den Schlag des Verbots der größten Gewerkschaftsorganisation des Landes durch. Schon die Verbotsbegründung mit der prodeutschen Einstellung des Verbandes müßte es der Bundesregierung zur Ehrenpflicht machen, etwas zu tun. Aber nie hätten die Quislinge in Saarbrücken den Schlag gewagt, wenn sie nicht gewußt hätten, daß man im Bundeskanzleramt die Saar schon bis auf einen kleinen Rest abgeschrieben hat.

+ + +

Die Bundesrepublik in arabischer Sicht

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Ein merkwürdiges Bild von den deutschen Verhältnissen, von den politischen Kräften und Strömungen in der Bundesrepublik, vermittelt ihren Lesern die ägyptische Presse. Sie ist in Niveau und Inhalt auf den "Völkischen Beobachter" herabgesunken, wobei selbst große Zeitungen keine Ausnahme bilden. Wer etwa "Al Ahram" liest, jenes große Kairoer Blatt, das in früheren Tagen an Bedeutung, Ausgewogenheit des Urteils und kühler Objektivität sich mit der britischen "Times" messen konnte, erfährt zu seiner Überraschung, daß die Bundesrepublik im Auftrag der Westalliierten von deutschen Verrätern und Emigranten gebildet wurde, die heute alle entscheidenden Stellungen beherrschen. Auch der deutsche Bundeskanzler bleibt nicht ausgenommen. Er stehe im Solde der internationalen Judenheit, seine Partei, die CDU, wurde bei ihrer Gründung von jüdischen Geldern unterstützt, die der Rabbiner Ohrenstein und der durch Freitod geendete Auerbach als Reparationen vom deutschen Staat erpreßt haben. Natürlich fehlt nicht in dieser an den "Stürmer" erinnernden Sicht, der "beherrschende Einfluß" der Zionisten auf die deutsche Sozialdemokratie.

Man braucht nicht lange nach den Gründen dieser verzerrten und obskuren Berichterstattung zu suchen. Ägypten als die führende arabische Großmacht will unter allen Umständen das noch nicht ratifizierte deutsch-israelitische Wiedergutmachungsabkommen torpedieren. Es setzt mit Boykottandrohungen die derzeit in Kairo befindliche deutsche Handelsdelegation unter Druck, wobei es mit der Schützenhilfe gewisser deutscher Wirtschaftskreise rechnen kann. Es ist bisher nicht bekannt, daß die Bundesregierung über den deutschen Botschafter in Kairo gegen die in der ägyptischen Presse ausgesprochenen Verdächtigungen deutscher Politiker und Parteien offiziell beim ägyptischen Kabinett Einspruch erhoben hat. Die ägyptische Presse kann unbesorgt ihre Campagne weiterführen, weil sie nur zu gut von dem Widerstand unterrichtet ist, der sich bei Teilen der Bonner Regierungskoalition gegen das

Wiedergutmachungs-Abkommen erhoben hat.

Die unverbesserlichen deutschen Antisemiten und jene, die aus rein materiell-egoistischen Gründen nach dem Grundsatz: 'Das Geschäft steht über der Moral' in Verbindung mit den arabischen Nationalisten die Hetze gegen das Israel-Abkommen schüren, übersehen, daß sie sich damit zu Steigbügelhaltern der sowjetrussischen Aspirationen machen. Sie handeln wie der Mann, der den Ast absägt, auf dem er sitzt. Die Sowjet-Union setzt heute alles auf die arabische Karte. Gelingt es ihr, mit Hilfe des Antisemitismus diese gewaltige Völkermasse im Kalten Krieg auf ihre Seite zu ziehen, hat sie einen entscheidenden unblutigen Sieg gegen den Westen gewonnen. Die Nichterfüllung der von der Bundesrepublik Israel zugesicherten Verpflichtungen muß unsere Stellung in der westlichen Welt moralisch unterhöheln und den Glauben an die Wirksamkeit deutscher Unterschriften untergraben. Auch das liegt im sowjetischen Interesse, das heute darauf gerichtet ist, ebenfalls von dieser Seite her die westliche Welt in Unruhe zu halten. Nur gewisse deutsche Politiker und Industrielle sahen das nicht. Sie sind mit Blindheit geschlagen.

+ + +

Kapitulation vor dem Betrug

rgn. Es war seit langem kein Geheimnis, daß das Abrechnungsverfahren der Konsumbrotsubventionen Mängel aufwies. Das Bundesfinanzministerium war schon des öfteren darauf hingewiesen worden, doch ignorierte es einfach alle Empfehlungen. Mit der grotesken Behauptung, der Konsumbrotverbrauch sei so stark angestiegen, daß seine soziale Notwendigkeit nicht mehr anerkannt werden könnte, versuchte man die eigenen Fehler zu vertuschen.

Die richtige Seite der Schwierigkeiten und die wahren Ursachen des hohen Subventionsbedarfes wurden aber dieser Tage zum ersten Mal offiziell durch einen Prozeß gegen einen Bielefelder "Bäckermeister", der sich einen dreimal höheren Betrag als ihm zustand, erschwindelt

hatte, deutlich. Der richterliche Entsetzungsruf: "Daß sich der Staat so leicht betrügen läßt!" mußte schließlich auch den Bundesfinanzminister treffen.

Wenn auch mit der Verurteilung dieses Bäckermeisters kein Kollektivurteil über seinen Berufsstand gesprochen werden sollte und durfte, so stimmt es doch bedenklich, daß in diesen Kreisen Subventionsswindelen vielfach als Kavaliersdelikte angesehen werden. Diese Tatsache, die auf ein weit größeres Ausmaß von Unregelmäßigkeiten als bisher angenommen schließen läßt, entwertet aber auch die Argumente des Bundesfinanzministers, der ja aus dem hohen Verbrauch eine soziale Normallage zu konstruieren versuchte. Stattdessen sind es, wie der Bielefelder Prozeß ganz einwandfrei und vor aller Öffentlichkeit ergab, die dunklen Kanäle oberflächlicher Verwaltungs- und Verbandsbürokratie, die zum übernormalen Anwachsen der Subventionen führten.

Auf anderen Gebieten ist ähnliches zu beobachten. So schießen zur Zeit neue Wohnungsbaugesellschaften wie Pilze aus der Erde. Es handelt sich dabei durchweg um Tochtergesellschaften von Unternehmen, die ihrer Struktur und Größe nach überhaupt nicht in der Lage sind, den Wohnungsbau voranzutreiben und es offenbar auch gar nicht ernsthaft wollen. Sie beabsichtigen vielmehr, durch die Neugründung steuerliche Vergünstigungen, die bei einer Darlehensgewährung für den Wohnungsbau an Dritte vorgesehen sind, zu eigenen Zwecken auszunützen. Das zeigt sich besonders dann, wenn die Darlehen nur für ein Jahr gegeben werden, also eine Laufzeit, die für den Wohnungsbau gar nicht ausreichend ist. Damit ist man auch hier auf der schiefen Bahn angelangt, so wie bei den Konsumbrotsubventionen. Auch hier deutet sich die gleiche unvernünftige Reaktion des Bundesfinanzministeriums an. Anstatt klare und unumgehbare Bestimmungen zu erlassen, plant er die Möglichkeiten des § 7c EkStG erstmals einzuschränken und ab 1. Januar 1955 überhaupt zu streichen. Das wäre, wie der Wegfall der Konsumbrotsubventionen im Grunde aber nichts anderes als eine Kapitulation der Regierung vor den Betrügern auf Kosten der breiten Schichten des Volkes.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau